

**Vorhabendokumentation der
Bundesregierung (Auswahl)**

- auf Basis der Ressortmeldungen -

Vorhabendokumentation der Bundesregierung (Auswahl)
- auf Basis der Ressortmeldungen -

Vorbemerkungen

Die Vorhabendokumentation (VD) stellt eine Auswahl bedeutsamer Vorhaben der Bundesregierung dar und soll den Ressorts einen Überblick über den aktuellen Planungs- und Umsetzungsstand der Regierungspolitik während der Legislaturperiode ermöglichen. Die VD basiert auf den Vorhabenmeldungen der Ressorts für das im Bundeskanzleramt geführte datenbankgestützte Informationssystem zur Vorhabenplanung der Bundesregierung und wird in monatlichen Fortschreibungen (jeweils zum 15. d.M.) aktualisiert.

Die VD spiegelt insbesondere die in der Koalitionsvereinbarung und der Regierungserklärung festgelegten Schwerpunkte der Regierungsarbeit wider und enthält darüber hinaus Vorhaben von besonderer politischer oder finanzieller Bedeutung.

Vorhabendokumentation der Bundesregierung (Auswahl)
- auf Basis der Ressortmeldungen -

– Inhaltsverzeichnis –

BMWi.....	1
AA.....	21
BMI.....	22
BMJV.....	33
BMF.....	49
BMAS.....	62
BMEL.....	70
BMVg.....	71
BMFSFJ.....	75
BMG.....	77
BMVI.....	81
BMUB.....	92
BMBF.....	96
BMZ.....	98

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 2
			BMWi 1809004

Vorhaben

Verordnung über Datenschutz und Marktkommunikation im intelligenten Energienetz

Inhalt

Regelungen zur zulässigen, aber auch zwingend erforderlichen Erhebung, Verarbeitung und Nutzung insbesondere von personenbezogenen Daten

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf
Kabinett
Bundestag
Bundesrat
Inkrafttreten

09.14
09.14-10.14
10.14-11.14

Anmerkungen

Zustimmung BT erforderlich Verabschiedung im Rahmen des Verordnungspakets "intelligente Netze"

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 4 BMWi
		Datenblatt-Nummer	1809006
Vorhaben Verordnung über die Steuerung unterbrechbarer Verbrauchseinrichtungen in Niederspannung			
Inhalt Konkretisierung des § 14a Energiewirtschaftsgesetz (Netzdienliche Steuerung von Verbrauchseinrichtungen wie Wärmepumpen, Nachtspeicherheizungen, Elektromobile)			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		09.14	
Bundesrat		11.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen Verabschiedung im Rahmen des Verordnungspakets "intelligente Netze"			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 8 BMWi 1809016
Vorhaben Gesetz zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften des Energiewirtschaftsrechts			
Inhalt Die Entwicklung zu einer Energieversorgung ohne Atomenergie und mit stetig wachsendem Anteil erneuerbarer Energie soll konsequent und planvoll fortgeführt werden. Durch die Novelle des EEG soll der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis 2025 auf 40 bis 45 Prozent und bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent steigen und dabei Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit für die Bürger und die Wirtschaft sichergestellt werden. Ein wesentliches Ziel hierbei ist, die bisherige Kostendynamik des EEG zu durchbrechen und so die Steigerung der Stromkosten für Stromverbraucher zu begrenzen. Ausgehend vom Koalitionsvertrag folgt die Reform des EEG folgenden Grundsätzen. - Der Ausbaukorridor für erneuerbare Energien wird im Gesetz verbindlich festgelegt. - Die Instrumente zur wirksamen Steuerung des Ausbaus werden technologie-spezifisch ausgestaltet. - Wir werden die erneuerbaren Energien so ausbauen, dass die Ausbauziele erreicht und die Kosten begrenzt werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird auf die kostengünstigen Technologien konzentriert. - Bestehende Überförderungen werden abgebaut, Boni gestrichen und die Förderung durchgehend degressiv ausgestaltet. - Spätestens ab 2017 soll die Förderhöhe über Ausschreibungen ermittelt werden. Zur besseren Marktintegration der erneuerbaren Energien wird eine verpflichtende Direktvermarktung eingeführt. - Alle Stromverbraucher werden angemessen an den Kosten beteiligt, dabei darf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrie nicht gefährdet werden. - Die Reform des EEG wird europarechtskonform ausgestaltet. - Das EEG wird deutlich vereinfacht. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		27.02.14	
Kabinett		08.04.14	
Bundestag, 1. Lesung		08.05.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		23.05.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		27.06.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		11.07.14	
Inkrafttreten		01.08.14	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer Seite 9 BMW NEU 1809019										
Vorhaben Verordnung zur transparenten Ausweisung staatlich gesetzter Preisbestandteile in der Strom- und Gasgrundversorgung Inhalt Änderungen der StromGKV und der GasGKV Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja												
<table border="1" style="width: 100%;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">Zeitplanung</th> <th style="text-align: left;">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Referentenentwurf</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Kabinett</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Bundesrat</td> <td>10.14</td> </tr> <tr> <td>Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> Anmerkungen			Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett		Bundesrat	10.14	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin											
Referentenentwurf												
Kabinett												
Bundesrat	10.14											
Inkrafttreten												

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 10
			BMWi 1809020

Vorhaben

Gesetz zur Reform der Besonderen Ausgleichsregelung für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen

Inhalt

Das Kabinett hat am 8. April 2014 den gleichnamigen Entwurf der grundlegenden EEG-Reform verabschiedet, jedoch noch ohne die Ausführungen zur Besonderen Ausgleichsregelung. Diese Ausführungen sind nunmehr in den Gesetzentwurf nachgetragen worden.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	
Bundestag, 1. Lesung	23.05.13
Kabinett (Formulierungshilfe)	07.05.14
Beschluss der Koalitionsfraktionen	
Bundesrat, 1. Durchgang	23.05.14
Bundestag, 1. Lesung	05.06.14
Bundestag, 2. und 3. Lesung	27.06.14
Bundesrat	11.07.14
Inkrafttreten	
Inkrafttreten	01.08.14

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 11 BMW 1809021
Vorhaben Zweiter Monitoring-Bericht "Energie der Zukunft"			
Inhalt Der Monitoring-Prozess dient dazu, die Umsetzung des Energiekonzepts und des Maßnahmenprogramms einschließlich der darin enthaltenen Ziele mit Blick auf eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung zu überprüfen (Monitoring-Berichte), um bei Bedarf nachsteuern zu können. Der Bericht enthält unter anderem Aussagen zum Netz- und Kraftwerksausbau inklusive Ersatzinvestitionen, zur Energieeffizienz sowie zum Ausbau erneuerbarer Energien. Der erste Monitoring-Bericht wurde im Jahr 2012 gemeinsam von BMWi (alt) und BMU (alt) erstellt. Aufgrund der Übertragung der Zuständigkeiten im Bereich Energie von BMU (alt) in das BMWi, liegt die Federführung für den zweiten Monitoring-Bericht im BMWi (neu). Die anderen betroffenen Ressorts (AA, BMF, BMUB, BMIV, BMBF, BMEL) werden einbezogen.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		08.04.14	
Bundestag		07.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		09.14	
Bundesrat			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 12
		Datenblatt-Nummer	BMW 1809024

Vorhaben

Gesetz über die Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen

Inhalt

Das IWG dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (Richtlinie). Diese verfolgt das Ziel, neue Möglichkeiten für den Zugang zu und den Erwerb von Kenntnissen in einer Informations- und Wissensgesellschaft zu erschließen. Der öffentliche Sektor produziert ein breites Spektrum an Informationen z. B. in den Bereichen Soziales, Wirtschaft, Geografie, Wetter, Tourismus, Geschäftsleben, Patentwesen und Bildung. Diese Informationen sind für die Weiterverwendung in Produkten und Diensten mit digitalen Inhalten interessant und bedeutsam. Die Nutzung dieser Informationen außerhalb des öffentlichen Auftrages stellt eine Weiterverwendung dar. Die Richtlinie griff bisher nicht in die Entscheidungsfreiheit der Mitgliedstaaten bzw. der betreffenden öffentlichen Stellen ein, eine Weiterverwendung überhaupt zu gestatten. Die Richtlinie wurde durch die Richtlinie 2013/37/EU vom 26. Juni 2013 geändert. Die neuen Bestimmungen sind bis zum 18. Juli 2015 in deutsches Recht umzusetzen. Durch die neue Richtlinie wird den Mitgliedstaaten die eindeutige Verpflichtung auferlegt, alle Informationen, die nach den nationalen Bestimmungen zugänglich sind und unter den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen, auch für die Weiterverwendung bereitzustellen. Diese neue Verpflichtung muss in das IWG aufgenommen werden. Im Interesse der Rechtsklarheit und zur Gewährleistung einer lückenlosen Umsetzung erfolgt die Umsetzung möglichst eng am Wortlaut der Richtlinienvorgaben. Dazu ist das bisherige IWG durch eine vollständige Neufassung zu ersetzen.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung	Termin
Referentenentwurf	03.14-04.14
Kabinett	10.14
Bundesrat, 1. Durchgang	11.14
Bundesrat, 2. Durchgang	
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 14
			BMWi 1809032

Vorhaben

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben

Inhalt

Nach Vereinbarung der Koalitionspartner wird zukünftig jede Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl Erdgas oder Erdwärme unter Einsatz der Fracking-Technologie eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit detaillierter Analyse der vorhabenspezifischen Umweltauswirkungen durchgeführt werden müssen. Eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen eines transparenten Planfeststellungsverfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung stellt sicher, dass sämtliche Belange des Umweltschutzes sorgfältig und strukturiert beurteilt werden können.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	05.14
Kabinett	07.14-08.14
Bundesrat	09.14-10.14
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 19 BMW NEU 1809040
Vorhaben Gesetz zur Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes (Arbeitstitel)			
Inhalt Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie (2012/27EU).Kerninhalte: - Umsetzungsstrategie zur zur Erfüllung der 1,5%-Einsparverpflichtung (bzgl. Endenergieabsatz)/ Frage der Anrechnung laufender staatlicher Maßnahmen mit Energieeinspareffekten auf die Erfüllung der 1,5% Einsparverpflichtung - Frage der verpflichtenden Einführung von Energieaudits für größere Unternehmen. - Erfassung des KWK-Potentials in D.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		30.07.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		19.09.14	
Bundestag, 1. Lesung		09.10.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		16.10.14- 17.10.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		07.11.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 21 AA NEU 1805015
Vorhaben Gesetz über Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, finanzielle Leistungen und Unterstützungsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland als Gaststaat internationaler Einrichtungen (Gaststaatgesetz, GstG) Inhalt Initiative zur gesetzlichen Regelung von Rechtsfragen zur Ansiedlung internationaler Einrichtungen in Deutschland in einem einheitlichen Gaststaatgesetz Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundesrat, 1. Durchgang Bundestag, 1. Lesung Bundestag, 2. und 3. Lesung Bundesrat, 2. Durchgang Inkrafttreten		 10.14-11.14 12.14 	
Anmerkungen			

Vorhabensdokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 22 BMI 1806010
Vorhaben Gesetz zur Änderung des Antiterrordateigesetzes und anderer Gesetze			
Inhalt Aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgericht zur Antiterrordatei vom 24.04.2012 sind die vom Gericht für verfassungswidrig erklärten Einzelvorschriften im ATDG sowie Parallelregelungen im RED-G und AufenthG zu ändern. Außerdem sollen mit dem Gesetzentwurf in Umsetzung des Koalitionsvertrags die Analysefähigkeit der ATD sowie de technische Analysefähigkeit des BfV verbessert werden.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		04.02.14	
Kabinett		08.04.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		23.05.14	
Bundestag, 1. Lesung		06.06.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		04.07.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		19.09.14	
Inkrafttreten		31.12.14	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Föderführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 23 BMI 1806011																
Vorhaben Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer Inhalt Einstufung der Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien als sichere Herkunftsstaaten im Sinne des § 29a AsylVfG sowie Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und Geduldete Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="165 1249 320 1279">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1023 1249 1118 1279">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="165 1301 389 1330">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1043 1301 1118 1330">04.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1341 269 1370">Kabinett</td> <td data-bbox="1007 1341 1118 1370">30.04.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1382 432 1411">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1007 1382 1118 1411">06.06.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1422 469 1451">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1007 1422 1118 1451">13.06.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1462 512 1491">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1007 1462 1118 1491">10.10.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1503 469 1532">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1007 1503 1118 1532">07.11.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1543 312 1572">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> Anmerkungen				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	04.14	Kabinett	30.04.14	Bundestag, 1. Lesung	06.06.14	Bundesrat, 1. Durchgang	13.06.14	Bundestag, 2. und 3. Lesung	10.10.14	Bundesrat, 2. Durchgang	07.11.14	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	04.14																		
Kabinett	30.04.14																		
Bundestag, 1. Lesung	06.06.14																		
Bundesrat, 1. Durchgang	13.06.14																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	10.10.14																		
Bundesrat, 2. Durchgang	07.11.14																		
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 24 BMI
		Datenblatt-Nummer	1806012

Vorhaben

Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Inhalt

Abschaffung der Optionspflicht für in Deutschland aufgewachsene ius soli-Kinder.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung	Termin
Referentenentwurf	
Kabinett	08.04.14
Bundesrat, 1. Durchgang	23.05.14
Bundestag, 1. Lesung	05.06.14
Bundestag, 2. und 3. Lesung	04.07.14
Bundesrat, 2. Durchgang	19.09.14
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 26 BMI 1806015
Vorhaben Zweites Gesetzes zur Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 und des Bevölkerungsstatistikgesetzes			
Inhalt Die Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 sieht die Einführung einer Experimentierklausel vor. Die Änderung des Bevölkerungsstatistikgesetzes beinhaltet im Wesentlichen Änderungen, die in der letzten Legislaturperiode aufgrund der Stellungnahme des Bundesrates von der Bundesregierung als (abgestimmte) Formulierungshilfe dem Bundestag zugeleitet, von diesem aus Zeitgründen jedoch im Gesetzgebungsverfahren nicht mehr berücksichtigt worden waren. Zusätzlich werden das Ordnungsmerkmal der Meldebörde als Hilfsmerkmal aufgenommen und die Übermittlung der Daten zur Nebenwohnung eingeschränkt.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		01.05.14	
Kabinett		28.05.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		11.07.14	
Bundestag, 1. Lesung		26.09.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		17.10.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		07.11.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 28 BMI 1806020
Vorhaben Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU sowie weiterer Vorschriften			
Inhalt Umsetzung der Empfehlung des Staatssekretärsausschusses zu "Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten" Ermöglichung von befristeten Wiedereinreisesperren im Fall von Rechtsmissbrauch - Befristung des Aufenthaltsrechts zur Arbeitssuche in Übereinstimmung mit dem Europarecht - Strafbewehrung des Erschleichens von Aufenthaltsbescheinigungen gem. FreizügG/EU sowie - Erleichterung des Familiennachzugs von sonstigen Familienangehörigen von Unionsbürgern - Änderung des Einkommensteuergesetzes (Identifikationsnummer zur Vermeidung von Doppelzahlungen von Kindergeld) - Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - Ausweitung der Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit ...			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		16.07.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		19.09.14	
Bundestag, 1. Lesung		26.09.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		17.10.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		07.11.14	
Inkrafttreten		01.15	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 29 BMI 1806021
Vorhaben Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2014/2015			
Inhalt Mit dem Gesetzentwurf sollen die Dienst- und Versorgungsbezüge im Bund unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes des Bundes vom 1. April 2014 an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse angepasst werden.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		04.14	
Kabinett		28.05.14	
Bundestag, 1. Lesung		04.07.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		11.07.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		10.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		11.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Föderführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 30 BMI NEU 1806026						
Vorhaben Abschlussbericht St-Ausschuss "Inanspruchnahme der Sozialsysteme durch EU-Bürger"									
Inhalt Der Zuzug aus den neuen Mitgliedstaaten und darunter auch die Zuwanderung von sog. Armutsmigranten dürfte auch 2014 weiter zunehmen. Damit werden die Belastungen für die Systeme der sozialen Sicherheit und insbes. der Systeme der kommunalen Daseinsvorsorge weiter steigen. Maßnahmen zu Gunsten betroffener Kommunen sowie gegen den Missbrauch im Zusammenhang mit Freizügigkeitsrecht.									
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein									
<table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="153 1657 957 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="957 1657 1461 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="153 1299 957 1456"> Referentenentwurf Kabinett Bundestag Bundesrat </td> <td data-bbox="957 1299 1461 1456"> 16.07.14 </td> </tr> <tr> <td colspan="2" data-bbox="153 1456 1461 1962"> Anmerkungen </td> </tr> </tbody> </table>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf Kabinett Bundestag Bundesrat	16.07.14	Anmerkungen	
Zeitplanung	Termin								
Referentenentwurf Kabinett Bundestag Bundesrat	16.07.14								
Anmerkungen									

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 31 BMI NEU 1806027
Vorhaben Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91b)			
Inhalt Mit der Änderung von Art. 91b GG sollen die Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern im Wissenschaftsbereich erweitert werden. Künftig soll der Bund gemeinsam mit den Ländern die Hochschulen auch langfristig und institutionell <u>fördern</u> können.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		16.06.14	
Kabinett		16.07.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		19.09.14	
Bundestag, 1. Lesung		10.10.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		14.11.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		19.12.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 32 BMI NEU 1806028
Vorhaben Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes - Stärkung der Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht im Bund durch Errichtung einer obersten Bundesbehörde			
Inhalt Die BfDI wird in eine oberste Bundesbehörde überführt, die eigenständig und unabhängig ausgestaltet ist. Auf eine Rechtsaufsicht der Bundesregierung und eine Dienstaufsicht des BMI wird verzichtet. Die organisatorische Anbindung an das BMI wird beseitigt. Der Gesetzentwurf enthält folgende Regelungen: -- Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit ist eine oberste Bundesbehörde mit Sitz in Bonn. Sie untersteht ausschließlich parlamentarischer und gerichtlicher Kontrolle. -- Die Bundesbeauftragte wird vom Deutschen Bundestag gewählt und leistet vor diesem den Amtseid. -- Die Regelungen über die Anbindung an das BMI werden gestrichen. Weitere Regelungen, insbesondere zur Rechts- und Dienstaufsicht, zur Vertretung und Weiterführung der Geschäfte, zur Verwendung von Geschenken, zur Genehmigung von Aussagen und zur Erstattung von Gutachten, werden - soweit erforderlich - durch europarechtskonforme Neuregelungen ersetzt.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		07.07.14	
Kabinett		16.07.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		19.09.14	
Bundestag, 1. Lesung		10.10.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		14.11.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		28.11.14	
Inkrafttreten		01.01.15	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 33 BMJV 1807005
Vorhaben Gesetz zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen			
Inhalt Der Gesetzentwurf sieht als dritte Stufe der Insolvenzrechtsreform Änderungen der Insolvenzordnung vor, die den spezifischen Besonderheiten von Konzerninsolvenzen Rechnung tragen. Er umfasst insbesondere die Schaffung allgemeiner Kooperationsrechte und -pflichten, die Schaffung eines besonderen Koordinationsverfahrens, die Einführung eines Konzerngerichtsstands und die einheitliche Verwalterbestellung. Im Wesentlichen sollen die bislang noch nicht oder nur unzulänglich vorhandenen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, die für eine koordinierte Insolvenzabwicklung im Konzernkontext benötigt werden. Hierzu gehören Gerichtsstandsregelungen, die es ermöglichen sollen, dass sämtliche Verfahren an einem Insolvenzgericht anhängig gemacht werden können. Für den Fall, dass Verfahren an mehreren Gerichten geführt werden, wird die Möglichkeit einer Verweisung an ein einziges Gericht geschaffen. Für die Fälle, in denen Verfahren an mehreren Gerichten geführt werden oder in denen mehrere Verwalter bestellt worden sind, schafft der Entwurf Rechtsgrundlagen für die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltern und den Gerichten. Der Entwurf berücksichtigt dabei die schon nach geltendem Recht bestehenden Kooperationspflichten der Verwalter und schafft Grundlagen für die zwischengerichtliche Zusammenarbeit. Insbesondere sollen die Gerichte verpflichtet werden, sich in der Frage abzustimmen, ob zur Minimierung von Reibungsverlusten im Zuge von Abstimmungserfordernissen eine Person in mehreren oder allen Verfahren zum Verwalter bestellt werden kann. Darüber hinaus geht der Entwurf mit der Schaffung eines Koordinationsverfahrens neue Wege. Das Koordinationsverfahren soll die Abstimmung der Einzelverfahren verbessern, ohne die Selbständigkeit der Einzelverfahren in Frage zu stellen. In seinem Rahmen soll aus dem Kreis der Verwalter eine Person als Koordinationsverwalter mit der Koordination der Einzelverfahren betraut werden. Seine Aufgabe besteht darin, Vorschläge für die abgestimmte Insolvenzverwaltung auszuarbeiten. Eine besondere Stellung nimmt dabei der vom Koordinationsverwalter vorzulegende und vom Koordinierungsgericht zu bestätigende Koordinationsplan ein, der als Referenzplan für die auf der Ebene der Einzelverfahren, insbesondere auf der Grundlage von Insolvenzplänen, zu ergreifenden Maßnahmen dient. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		07.13	
Kabinett		28.08.13	
Bundesrat, 1. Durchgang		11.10.13	
Bundestag, 1. Lesung		14.02.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		09.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		11.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 34
			BMJV
			1807006

Vorhaben

Gesetz zur Stärkung des Rechts des Angeklagten auf Vertretung in der Berufungsverhandlung und über die Anerkennung von Abwesenheitsentscheidungen in der Rechtshilfe

Inhalt

Ziel des Gesetzentwurfs ist zum einen die Stärkung des Rechts des Angeklagten auf Vertretung durch einen Verteidiger in der Berufungshauptverhandlung und zum anderen die Umsetzung des sogenannten Rahmenbeschlusses Rahmenbeschluss 2009/299/JI des Rates vom 26. Februar 2009 (Rahmenbeschluss Abwesenheitsentscheidungen).

Mit Urteil vom 8. November 2012 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden, dass die Verwerfung einer Berufung im Fall des Erscheinens eines Verteidigers als Vertreter des Angeklagten eine Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren darstelle. Durch eine Änderung der Strafprozessordnung kann künftig die Verwerfung der Berufung des Angeklagten nicht mehr erfolgen, wenn statt des Angeklagten ein entsprechend bevollmächtigter und vertretungsbereiter Verteidiger in einem Termin zur Berufungshauptverhandlung erschienen ist. Anstelle der nicht mehr zulässigen Verwerfung soll in Anwesenheit des Verteidigers ohne den Angeklagten verhandelt werden, soweit nicht besondere Gründe dessen Anwesenheit erforderlich machen.

Die durch den Rahmenbeschluss Abwesenheitsentscheidungen eingeführten Neuerungen erfordern zudem partielle Änderungen des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen. Der Rahmenbeschluss Abwesenheitsentscheidungen sieht Regelungen vor, unter welchen Voraussetzungen Entscheidungen, die in Abwesenheit der betroffenen Person in einem EU-Mitgliedstaat getroffen wurden, von einem anderen Mitgliedstaat anzuerkennen und zu vollstrecken sind bzw. wann eine Anerkennung solcher Entscheidungen versagt werden kann, die im Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen nachvollzogen werden. Die Neuregelungen führen zu einem erweiterten Informationsaustausch zwischen den nationalen Strafverfolgungs- und Vollstreckungsbehörden. Diese können dadurch in weit größerem Umfang als bisher überprüfen, ob die zu vollstreckenden Entscheidungen im Einklang mit den aufgestellten rechtsstaatlichen Garantien zustande gekommen sind.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf

06.01.14

Kabinett

08.14

Bundesrat, 1. Durchgang

Bundestag, 1. Lesung

Bundestag, 2. und 3. Lesung

Bundesrat, 2. Durchgang

Inkrafttreten

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 35 BMJV 1807007
Vorhaben Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner			
Inhalt Das Bundesverfassungsgericht hat am 19. Februar 2013 entschieden, dass das Verbot der Sukzessivadoption durch Lebenspartner, d. h. das Verbot der Annahme eines bereits adoptierten Kindes durch den Lebenspartner des zunächst Annehmenden, nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Das Gericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 30. Juni 2014 eine verfassungsgemäße Regelung zu treffen. Das Gesetz sieht vor, dass ein adoptiertes Kind vom Lebenspartner des zunächst Annehmenden adoptiert werden darf. Dazu sollen die betroffenen Vorschriften des materiellen Adoptionsrechts und des Verfahrensrechts angepasst werden.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		23.01.14	
Kabinett		12.03.14	
Beschluss der Koalitionsfraktionen		18.03.14	
Bundestag, 1. Lesung Koal.Entw.		20.03.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		22.05.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		13.06.14	
Inkrafttreten		30.06.14	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 37 BMJV 1807014
Vorhaben Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 31. Oktober 2003 gegen Korruption			
Inhalt Mit dem Gesetz sollen die Voraussetzungen für die Ratifikation des am 9. Dezember 2003 unterzeichneten Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption geschaffen werden. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen ist das erste weltweite Regelungswerk zur Bekämpfung der in- und ausländischen Korruption und zeichnet sich durch seinen umfassenden Ansatz aus. Das Übereinkommen enthält Vorschriften zur Korruptionsprävention, Strafvorschriften, Regelungen zur internationalen strafrechtlichen Zusammenarbeit, Vorschriften über die Wiedererlangung von durch Korruption erlangten Vermögenswerten, die illegal ins Ausland transferiert wurden und Vorschriften über die gegenseitige technische Hilfe von Vertragsstaaten. Vorgesehen sind auch die Grundlagen für einen Überwachungsmechanismus, mit dem die angemessene Umsetzung und Anwendung des Übereinkommens in den einzelnen Vertragsstaaten überprüft werden kann. Die Bundesrepublik Deutschland zählt zu den Staaten, die das Übereinkommen bereits auf der Zeichnungskonferenz vom 9. Dezember 2003 in Mexiko gezeichnet und damit ihre Unterstützung der Konvention zum Ausdruck gebracht haben. Das Übereinkommen ist am 14. Dezember 2005 in Kraft getreten; es soll jetzt durch die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert werden. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		21.02.14	
Kabinett		28.05.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		11.07.14	
Bundestag, 1. Lesung		11.09.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		25.09.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		10.10.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Föderführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 38 BMJV 1807016																
Vorhaben Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung (Mietrechtsnovellierungsgesetz - MietNovG) Inhalt Ziel des Gesetzentwurfs ist einerseits die Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und andererseits die Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung. Insbesondere ist vorgesehen, dass bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen die zulässige Miete höchstens auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete zuzüglich zehn Prozent steigen darf. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung für höchstens jeweils fünf Jahre die Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten auszuweisen, in denen diese Mietpreisbegrenzung gilt. Ferner sollen entgeltpflichtige Maklerverträge zwischen einem Wohnungssuchenden und dem Wohnungsvermittler nur noch dann zustande kommen, wenn der Wohnungssuchende in Textform einen Suchauftrag erteilt und der Makler ausschließlich wegen dieses Suchauftrages die Wohnung beschafft, über die der Mietvertrag zustande kommt. Hat der Vermieter dem Makler eine Wohnung zur Suche eines für ihn geeigneten Mieters an die Hand gegeben, ist der Mieter keinesfalls zur Zahlung der Courtage verpflichtet. Vereinbarungen, um die Zahlungspflicht für die Maklervergütung auf den Mieter abzuwälzen, sind unwirksam. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="156 1249 1005 1303">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1249 1465 1303">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="156 1303 1005 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1303 1465 1344">18.03.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="156 1344 1005 1384">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1344 1465 1384">07.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="156 1384 1005 1424">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1384 1465 1424"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="156 1424 1005 1464">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1424 1465 1464"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="156 1464 1005 1505">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1464 1465 1505"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="156 1505 1005 1545">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1505 1465 1545"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="156 1545 1005 1585">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1545 1465 1585"></td> </tr> </tbody> </table> Anmerkungen				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	18.03.14	Kabinett	07.14	Bundesrat, 1. Durchgang		Bundestag, 1. Lesung		Bundestag, 2. und 3. Lesung		Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	18.03.14																		
Kabinett	07.14																		
Bundesrat, 1. Durchgang																			
Bundestag, 1. Lesung																			
Bundestag, 2. und 3. Lesung																			
Bundesrat, 2. Durchgang																			
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 39 BMJV 1807017																
Vorhaben Gesetz zur Verbesserung der zivilrechtlichen Durchsetzung von verbraucherschützenden Vorschriften des Datenschutzrechts Inhalt Ziel des Gesetzentwurfs ist es, insbesondere den Schutz von Verbrauchern gegen die unzulässige Erhebung, Verarbeitung und Nutzung ihrer Daten zu verbessern. Durch die Ergänzung des § 2 Absatz 2 UKlaG soll ausdrücklich geregelt werden, dass alle datenschutzrechtlichen Vorschriften, die für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten eines Verbrauchers durch einen Unternehmer gelten, Verbraucherschutzgesetze im Sinne des § 2 Absatz 1 UKlaG sind. Daneben sind weitere Änderungen vorgesehen, die die Durchsetzung der Ansprüche nach dem Unterlassungsklagengesetz erleichtern, aber ihre missbräuchliche Geltendmachung verhindern sollen. Das Bürgerliche Gesetzbuch soll zudem so geändert werden, dass durch Bestimmungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen künftig keine strengere Form als die Textform für Erklärungen und Anzeigen, die gegenüber dem Verwender der Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder einem Dritten abzugeben sind, vereinbart werden kann. Damit wird sichergestellt, dass insbesondere auch die Beendigung von Verträgen für Verbraucher nicht unnötig erschwert wird und sie immer einfach feststellen können, wie die vereinbarte Form zu erfüllen ist. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein <table border="1" data-bbox="151 1232 1372 1568"> <thead> <tr> <th data-bbox="151 1232 989 1288">Zeitplanung</th> <th data-bbox="989 1232 1372 1288">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="151 1288 989 1332">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="989 1288 1372 1332">28.05.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1332 989 1377">Kabinetts</td> <td data-bbox="989 1332 1372 1377">09.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1377 989 1422">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1422 989 1467">Bundestag, 1. Lesung</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1467 989 1512">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1512 989 1556">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1556 989 1568">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> Anmerkungen				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	28.05.14	Kabinetts	09.14	Bundesrat, 1. Durchgang		Bundestag, 1. Lesung		Bundestag, 2. und 3. Lesung		Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	28.05.14																		
Kabinetts	09.14																		
Bundesrat, 1. Durchgang																			
Bundestag, 1. Lesung																			
Bundestag, 2. und 3. Lesung																			
Bundesrat, 2. Durchgang																			
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesreglerung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 40 BMJV 1807018
Vorhaben Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/11/EU über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten (RL ADR) und zur Durchführung der Verordnung Nr. 524/2013 über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten (VO ODR)			
Inhalt Mit dem Gesetzentwurf soll sichergestellt werden, dass für vertragliche Streitigkeiten zwischen Verbrauchern und Unternehmen neben der Gerichtsbarkeit ein flächendeckender zweiter außergerichtlicher Pfad für die Konfliktbeilegung zur Verfügung steht. Die Verpflichtung umfasst mit wenigen Ausnahmen alle Kauf- und Dienstleistungsverträge zwischen Verbrauchern und Unternehmen mit (Wohn-)Sitz in der Europäischen Union.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		10.14-12.14	
Bundesrat, 1. Durchgang			
Bundestag, 1. Lesung			
Bundestag, 2. und 3. Lesung			
Bundesrat, 2. Durchgang			
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 42
			BMJV
Stand: 23.06.2014		Datenblatt-Nummer	1807020

Vorhaben

Gesetz zur Umsetzung von Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages

Inhalt

Mit dem Gesetzentwurf sollen die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages für den Bereich der Justiz umgesetzt werden, soweit die Bundesebene betroffen ist. Die Begründung der Zuständigkeit des Generalbundesanwalts wird vereinfacht und durch gesetzliche Änderungen sichergestellt, dass der Generalbundesanwalt frühzeitig in laufende Ermittlungen eingebunden wird, wenn sich aus diesen Anhaltspunkte dafür ergeben, dass seine Zuständigkeit in Betracht kommt. Zudem wird der bisherige Lösungsmechanismus für Kompetenzkonflikte zwischen Staatsanwaltschaften verschiedener Länder in § 143 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes derart erweitert, dass er auf Antrag einer Übernahme- oder abgabewilligen Staatsanwaltschaft auch zur Herstellung eines Sammelverfahrens genutzt werden kann.

Der Entwurf sieht darüber hinaus eine ausdrückliche Regelung vor, wonach rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Beweggründe und Ziele bei der Strafzumessung zu berücksichtigen sind. Dadurch soll die Bedeutung dieser Motive für die gerichtliche Strafzumessung verdeutlicht werden. Zudem soll unterstrichen werden, dass auch die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen schon frühzeitig auf solche für die Bestimmung der Rechtsfolgen bedeutsamen Motive zu erstrecken hat.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	16.04.14
Kabinett	08.14
Bundesrat, 1. Durchgang	
Bundestag, 1. Lesung	
Bundestag, 2. und 3. Lesung	
Bundesrat, 2. Durchgang	
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 43 BMJV 1807027
Vorhaben Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht			
Inhalt Mit dem Gesetzentwurf sollen zwei internationale Rechtsinstrumente zum verbesserten Schutz von Kindern umgesetzt werden. Dies ist zum einen das Übereinkommen Nummer 201 des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (sogenannte Lanzarote-Konvention) und zum anderen die Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011, die Mindestvorschriften zur Definition von Straftaten und Sanktionen auf dem Gebiet des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern, der Kinderpornografie und der Kontaktaufnahme zu Kindern für sexuelle Zwecke festlegt. Zwar entspricht das deutsche Recht bereits weitgehend den internationalen Vorgaben, es ergeben sich aber noch partielle Umsetzungserfordernisse im Strafgesetzbuch (StGB), denen der Gesetzentwurf Rechnung trägt. Darüber hinaus soll der Straftatbestand des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen (§ 174 StGB) erweitert, eine Klarstellung zum sogenannten Posing in den §§ 184, 184c StGB aufgenommen und die §§ 184b, 184c StGB um den gewerbsmäßigen Handel mit Bildern von nackten Kindern erweitert werden. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		11.04.14	
Kabinett		09.14	
Bundesrat, 1. Durchgang			
Bundestag, 1. Lesung			
Bundestag, 2. und 3. Lesung			
Bundesrat, 2. Durchgang			
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 44 BMJV 1807029
Vorhaben Gesetz zur Änderung des Aktienrechts (Aktienrechtsnovelle 2014)			
Inhalt Mit dem Gesetzentwurf soll das Aktienrecht punktuell weiterentwickelt werden. Zum einen soll die Finanzierung der Aktiengesellschaft flexibilisiert werden. Nach jetziger Rechtslage kann aufsichtsrechtlich kein regulatorisches Kernkapital gebildet werden, indem die Gesellschaft stimmrechtslose Vorzugsaktien ausgibt, denn der Vorzug wird als zwingend nachzahlbare Vorabdividende verstanden, und das verhindert die Anerkennung als Kernkapital. Den Gesellschaften soll daher aktienrechtlich eine angemessene Gestaltungsmöglichkeit eröffnet werden, mit der sie Kernkapital auch durch die Ausgabe stimmrechtsloser Vorzugsaktien bilden können. Darüber hinaus sehen die aktienrechtlichen Bestimmungen bei Wandelschuldverschreibungen bisher nur ein Umtauschrecht des Gläubigers vor, nicht aber auch ein solches der Gesellschaft als Schuldnerin. Dafür sollen geeignete rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ferner sollen die Beteiligungsverhältnisse bei nichtbörsennotierten Aktiengesellschaften transparenter gemacht werden. Geben solche Gesellschaften Inhaberaktien aus, ist es bisher möglich, dass Änderungen im Gesellschafterbestand, die sich unterhalb der Schwellen der Mitteilungspflichten des Aktiengesetzes bewegen, verborgen bleiben. Auf internationaler Ebene wurde daher Kritik am deutschen Rechtssystem dahingehend geäußert, dass bei nichtbörsennotierten Gesellschaften mit Inhaberaktien keine ausreichenden Informationen über den Gesellschafterbestand verfügbar seien. Außerdem soll geklärt werden, wie die Berichtspflicht von Aufsichtsräten, die von Gebietskörperschaften entsandt werden, rechtlich begründet werden kann. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		11.04.14	
Kabinett		08.14	
Bundesrat, 1. Durchgang			
Bundestag, 1. Lesung			
Bundestag, 2. und 3. Lesung			
Bundesrat, 2. Durchgang			
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 45 BMJV 1807032																
Vorhaben Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 27. November 2008 über die Adoption von Kindern (revidiert) Inhalt Mit dem Gesetzentwurf sollen die Voraussetzungen für die Ratifikation des Europäischen Übereinkommens vom 27. November 2008 über die Adoption von Kindern (revidiert) geschaffen werden. Am 19. Februar 2013 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass das Verbot der sukzessiven Adoption durch gleichgeschlechtliche Partner mit dem Grundgesetz unvereinbar ist (BVerfG, 1 BvL 1/11). Ab sofort können eingetragene Lebenspartnerschaften nach erfolgreicher Vermittlung durch eine Adoptionsstelle nacheinander ein Kind annehmen. Das für Deutschland derzeit noch geltende Europäische Abkommen von 1967 über die Adoption von Kindern eröffnet die Sukzessivadoption allein Ehepaaren. Nach Artikel 7 Absatz 2 und Artikel 8 des revidierten Übereinkommens können die Vertragsstaaten in ihrem Adoptionsrecht zukünftig unter anderem die Sukzessivadoption durch Lebenspartner zulassen. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja <table border="1" data-bbox="151 1232 1372 1568"> <thead> <tr> <th data-bbox="151 1232 1005 1288">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1232 1372 1288">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="151 1288 1005 1332">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1288 1372 1332">04.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1332 1005 1377">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1332 1372 1377">07.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1377 1005 1422">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1377 1372 1422"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1422 1005 1467">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1422 1372 1467"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1467 1005 1512">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1467 1372 1512"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1512 1005 1556">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1512 1372 1556"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1556 1005 1568">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1556 1372 1568"></td> </tr> </tbody> </table> Anmerkungen				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	04.14	Kabinett	07.14	Bundesrat, 1. Durchgang		Bundestag, 1. Lesung		Bundestag, 2. und 3. Lesung		Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	04.14																		
Kabinett	07.14																		
Bundesrat, 1. Durchgang																			
Bundestag, 1. Lesung																			
Bundestag, 2. und 3. Lesung																			
Bundesrat, 2. Durchgang																			
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Föderführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 46 BMJV 1807034																
Vorhaben Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR Inhalt Mit dem Gesetzentwurf sollen ab 1. Januar 2015 die Opferrente nach dem StrRehaG und die Ausgleichsleistungen nach dem BerRehaG erhöht werden. Damit wird die wirtschaftliche Situation der Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone und DDR verbessert. Die gesetzlichen Maßnahmen tragen zugleich dazu bei, den Einsatz jener Menschen, die sich als Vorkämpfer für Freiheit, Demokratie und ein vereinigtes Deutschland gegen das System aufgelehnt haben und die deshalb Zwangsmaßnahmen erdulden mussten, stärker zu würdigen, und mildern die materiellen Folgen der Verfolgungsmaßnahmen ab. In § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes wird der Betrag der monatlichen Zuwendung um 50 Euro angehoben. Er steigt von derzeit höchstens 250 auf höchstens 300 Euro. In § 8 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes werden die monatlichen Ausgleichsleistungen jeweils um 30 Euro angehoben. Sie steigen von derzeit 184 Euro auf 214 Euro. Für Verfolgte, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigener Versicherung beziehen, steigt der Leistungsbetrag von derzeit 123 Euro auf 153 Euro. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="165 1252 323 1283">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1027 1252 1126 1283">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="165 1305 394 1337">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1015 1305 1126 1337">12.05.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1346 272 1377">Kabinett</td> <td data-bbox="1054 1346 1126 1377">10.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1386 472 1417">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1426 432 1458">Bundestag, 1. Lesung</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1467 517 1498">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1507 472 1538">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1547 316 1579">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> Anmerkungen				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	12.05.14	Kabinett	10.14	Bundesrat, 1. Durchgang		Bundestag, 1. Lesung		Bundestag, 2. und 3. Lesung		Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	12.05.14																		
Kabinett	10.14																		
Bundesrat, 1. Durchgang																			
Bundestag, 1. Lesung																			
Bundestag, 2. und 3. Lesung																			
Bundesrat, 2. Durchgang																			
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 47 BMJV 1807035
Vorhaben Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/99/EU über die Europäische Schutzanordnung, zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 606/2013 über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen und zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit			
Inhalt Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der Richtlinie 2011/99/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Schutzanordnung und enthält zugleich Durchführungsbestimmungen zu der EU-Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen, die die Europäische Schutzanordnung ergänzt. Die neuen Rechtsvorschriften für eine EU-weite Schutzanordnung sehen vor, dass Opfer von Gewalt sich überall in der EU auf eine in ihrem Heimatland ergangene Unterlassungsanordnung verlassen können. Unterlassungsanordnungen, die in einem EU-Mitgliedstaat ergangen sind, werden in der gesamten EU anerkannt. Darüber hinaus wird eine Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit aufgenommen, die das Scheidungsverbundverfahren betrifft. Mit einer Änderung im Rechtsmittelrecht in Ehesachen sollen falsche Rechtskraftzeugnisse zur Ehescheidung vermieden werden.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		13.05.14	
Kabinett		07.14	
Bundesrat, 1. Durchgang			
Bundestag, 1. Lesung			
Bundestag, 2. und 3. Lesung			
Bundesrat, 2. Durchgang			
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 48 BMJV NEU 1807038
Vorhaben Gesetz zur Bekämpfung der Korruption			
Inhalt Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung internationaler Rechtsinstrumente im Bereich der strafrechtlichen Korruptionsbekämpfung und sieht dazu insbesondere eine Ausweitung der Strafbarkeit der Bestechung und Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr vor, die nach dem EU-Rahmenbeschluss zur Bekämpfung der Bestechung im privaten Sektor von 2003 erforderlich ist. Außerdem wird die Strafbarkeit wegen Bestechung und Bestechlichkeit auf ausländische, europäische und internationale Amtsträger ausgedehnt und das Strafanwendungsrecht angepasst. Damit soll den Vorgaben des Strafrechtsübereinkommens gegen Korruption des Europarats und seines Zusatzprotokolls entsprochen und eine Ratifizierung dieser Instrumente ermöglicht. Die Schwerpunkte des Gesetzentwurfs liegen in folgenden Bereichen: - Ausweitung der Strafbarkeit der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), - Ausdehnung der Strafbarkeit der Bestechung und Bestechlichkeit von ausländischen, europäischen und internationalen Amtsträgern sowie der Strafbarkeit der Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung von bzw. gegenüber europäischen Amtsträgern (§§ 11, 331 ff., 335a StGB), - Zusammenführung der Straftatbestände aus dem Nebenstrafrecht im StGB (§§ 11, 332, 334, 335a StGB), - Erweiterung des Strafanwendungsrechts für Korruptionsstraftaten (§ 5 StGB), - Erweiterung des Vortatenkatalogs der Geldwäsche (§ 261 StGB), - Anhebung des Strafrahmens des § 202c StGB, - Anpassung des § 329 Absatz 4 StGB. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung Termin Referentenentwurf Kabinett Bundesrat, 1. Durchgang Bundestag, 1. Lesung Bundestag, 2. und 3. Lesung Bundesrat, 2. Durchgang Inkrafttreten 30.05.14 10.14			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 49 BMF 1808007
Vorhaben Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (2. RegE)			
Inhalt Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das Haushaltsjahr 2014			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		12.03.14	
Bundestag, 1. Lesung		08.04.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		11.04.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		27.06.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		11.07.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 50
		Datenblatt-Nummer	BMF 1808008

Vorhaben

Gesetz zur Anpassung steuerlicher Regelungen an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

Inhalt

Das Gesetz dient der zeitnahen Umsetzung des noch verbliebenen Anpassungsbedarfs zur steuerlichen Gleichbehandlung von Lebenspartnern, insbesondere in der Abgabenordnung, dem Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz, dem Bewertungsgesetz, dem Bundeskindergeldgesetz, dem Eigenheimzulagegesetz und dem Wohnungsbau-Prämiengesetz.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja

Zeitplanung	Termin
Referentenentwurf	
Kabinett	08.04.14
Bundestag, 1. Lesung	08.05.14
Bundesrat, 1. Durchgang	23.05.14
Bundestag, 2. und 3. Lesung	05.06.14
Bundesrat, 2. Durchgang	11.07.14
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 51 BMF 1808014
Vorhaben Haushaltsbegleitgesetz 2014			
Inhalt Änderung des SGB V; Neufestsetzung des Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds und Folgeänderungen; Änderung des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte; im parlamentarischen Verfahren zusätzlich Änderung der Bundeslaufbahnverordnung			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		12.03.14	
Bundestag, 1. Lesung		08.04.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		11.04.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		24.06.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		11.07.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 53 BMF 1808018
Vorhaben Verordnung über die Festsetzung der Länderschlüsselzahlen und die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils am Aufkommen der Umsatzsteuer nach § 5c des Gemeindefinanzreformgesetzes Inhalt Die Verordnung regelt die Länderschlüsselzahlen für die Verteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer auf die Länder und die Verteilung auf die Gemeinden für die Jahre 2015 bis 2017 Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundestag Bundesrat Inkrafttreten		19.09.14	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 54 BMF 1808021
Vorhaben Gesetz zur Teilauflösung des Sondervermögens "Aufbauhilfe" und zur Änderung der Aufbauhilfeverordnung			
Inhalt Mit dem Gesetzentwurf wird die Ermächtigung geschaffen, beim Fonds "Aufbauhilfe" vom Bund verwendbare, aber nicht benötigte Mittel auch vor der Schlussabrechnung des Fonds im Bundeshaushalt zu vereinnahmen. Im Bundeshaushalt 2014 soll 1 Mrd. Euro vereinnahmt werden.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		28.05.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		11.07.14	
Bundestag, 1. Lesung		09.09.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		10.10.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		07.11.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Seite 55 Föderführendes Ressort BMF Datenblatt-Nummer NEU 1808026																
Vorhaben Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates Inhalt Umsetzung der Richtlinie zur Abwicklung und Sanierung von Finanzinstituten (BRRD). Dies betrifft insbesondere die Einführung von spezifischen Abwicklungsinstrumenten im Krisenfall, so etwa die Beteiligung der Gläubiger an den Verlusten des Instituts (bail-in). Daneben erfolgt eine Konsolidierung bestehender Regelungen. Die bestehenden Regelungen zur Sanierungs- und Abwicklungsplanung durch die Institute und Behörden sowie zur Übertragungsanordnung werden durch den vorliegenden Gesetzentwurf zusammengeführt. Der Entwurf nimmt zudem Anpassungen an die SSM-Verordnung vor. Diese schafft einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus. Dazu regelt sie bestehende Aufsichtskompetenzen neu und überträgt sie teilweise auf die EZB. Dies ist im Kreditwesengesetz abzubilden. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein <table border="1" data-bbox="150 1232 1380 1568"> <thead> <tr> <th data-bbox="150 1232 989 1288">Zeitplanung</th> <th data-bbox="989 1232 1380 1288">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="150 1288 989 1332">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="989 1288 1380 1332"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="150 1332 989 1377">Kabinett</td> <td data-bbox="989 1332 1380 1377">09.07.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="150 1377 989 1422">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="989 1377 1380 1422">19.09.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="150 1422 989 1467">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="989 1422 1380 1467">25.09.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="150 1467 989 1512">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="989 1467 1380 1512">17.10.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="150 1512 989 1556">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="989 1512 1380 1556">07.11.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="150 1556 989 1568">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="989 1556 1380 1568"></td> </tr> </tbody> </table> Anmerkungen			Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	09.07.14	Bundesrat, 1. Durchgang	19.09.14	Bundestag, 1. Lesung	25.09.14	Bundestag, 2. und 3. Lesung	17.10.14	Bundesrat, 2. Durchgang	07.11.14	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																	
Referentenentwurf																		
Kabinett	09.07.14																	
Bundesrat, 1. Durchgang	19.09.14																	
Bundestag, 1. Lesung	25.09.14																	
Bundestag, 2. und 3. Lesung	17.10.14																	
Bundesrat, 2. Durchgang	07.11.14																	
Inkrafttreten																		

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 56 BMF NEU 1808027
Vorhaben Gesetz zu dem Übereinkommen vom 21. Mai 2014 über die Übertragung von Beiträgen auf den einheitlichen Abwicklungsfonds und über die gemeinsame Nutzung dieser Beiträge			
Inhalt Zustimmungsgesetz zum zwischenstaatlichen Übereinkommen, das die Übertragung der auf nationaler Ebene erhobenen Abgaben an den einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund - SRF) und die schrittweise gemeinsame Nutzung der so übertragenen Abgaben regelt. Es ergänzt die Verordnungen zur Errichtung eines Einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism - SRM).			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		09.07.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		19.09.14	
Bundestag, 1. Lesung		25.09.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		17.10.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		07.11.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 57 BMF NEU 1808028
Vorhaben Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 sowie Finanzplan 2014 bis 2018			
Inhalt Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das Haushaltsjahr 2015			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		02.07.14	
Bundestag, 1. Lesung		09.09.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		19.09.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		28.11.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		19.12.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Föderführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 58 BMF NEU 1808031
---	-----------------------	---	---

Vorhaben

Gesetz zur Absicherung stabiler und fairer Leistungen für Lebensversicherte

Inhalt

Weiterentwicklung des gesetzlichen Rahmens für die private Lebensversicherung (insbesondere des Versicherungsaufsichtsgesetzes und des Versicherungsvertragsgesetzes) mit dem Ziel, dass die Aufsicht und die Versicherer den Risiken der fortdauernden Niedrigzinsphase effektiv begegnen können.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf

Kabinett

04.06.14

Beschluss der Koalitionsfraktionen

Bundestag, 1. Lesung Koal.Entw.

Bundestag, 2. und 3. Lesung

04.07.14

Bundesrat, 2. Durchgang

11.07.14

Inkrafttreten

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 59 BMF NEU 1808032
Vorhaben Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens "Energie- und Klimafonds"			
Inhalt Der Energie- und Klimafonds wurde durch das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens "Energie- und Klimafonds" (EKFG) Anfang 2011 als Sondervermögen des Bundes errichtet, um zusätzliche Ausgaben zu finanzieren, die dem Bund aus dem Energiekonzept der Bundesregierung erwachsen. Seit dem Jahr 2012 finanziert sich der Energie- und Klimafonds wesentlich aus den Erlösen aus der Versteigerung von Berechtigungen zum Ausstoß von Treibhausgasen (sog. CO2-Zertifikate). Die Preise für CO2-Zertifikate sind seit 2012 deutlich gefallen. Die geringeren Einnahmen des Energie- und Klimafonds reichen daher derzeit nicht aus, den notwendigen Finanzierungsbedarf des Fonds zu decken, so dass eine Stärkung der Einnahmenseite des Energie- und Klimafonds erforderlich ist. Die gegenwärtigen Einschätzungen lassen erwarten, dass auch im Finanzplanungszeitraum bis 2018 ein Bedarf zur Stärkung der Einnahmenseite des Energie- und Klimafonds gegeben sein wird. Um die Finanzierung der notwendigen Programmausgaben sicherzustellen, erhält das Sondervermögen einen Bundeszuschuss nach Maßgabe des jährlichen Haushaltsgesetzes.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		02.07.14	
Bundestag, 1. Lesung		09.09.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		19.09.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		28.11.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		19.12.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 61 BMF NEU 1808034
Vorhaben Gesetz zur Änderung der Liste der Finanzhilfeinstrumente des Vertrags vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)			
Inhalt Mit dem Gesetz wird die nach Art. 2 Abs. 2 ESM-Ratifizierungsgesetz notwendige bundesgesetzliche Ermächtigung des deutschen Gouverneurs erteilt, der Instrumentenänderung nach Art. 19 ESM-Vertrag im ESM-Gouverneursrat zuzustimmen, durch die das Instrument der direkten Bankenrekapitalisierung eingeführt werden soll.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		09.07.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		19.09.14	
Bundestag, 1. Lesung		26.09.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		17.10.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		07.11.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 62 BMAS 1811009
---	-----------------------	---	---

Vorhaben

Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung

Inhalt**1. Abschlagsfreie Altersrente mit 63 Jahren**

Durch eine Sonderregelung wird die Altersrente für besonders langjährig Versicherte vorübergehend ausgeweitet. Besonders langjährig Versicherte können dadurch bereits vor Erreichen der Regelaltersgrenze ab Vollendung des 63. Lebensjahres eine abschlagsfreie Altersrente beziehen.

Voraussetzung hierfür sind 45 Jahre an Pflichtbeiträgen aus Beschäftigung, selbständiger Tätigkeit und Pflege sowie Zeiten der Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes. Um besondere Härten aufgrund kurzzeitiger, arbeitslosigkeitsbedingter Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie zu vermeiden, werden Zeiten der Arbeitslosigkeit für den Anspruch berücksichtigt werden.

Da auch für den Personenkreis der besonders langjährig Versicherten die demografischen Entwicklungen, die Grundlage für die Altersgrenzanhebungen waren, nicht unbeachtet bleiben können, ist auch bei dieser Sonderregelung ein stufenweiser Anstieg des Eintrittsalters auf die derzeit geltende Altersgrenze von 65 Jahren vorgesehen.

2. Mütterrente

Durch die Ausweitung der anrechenbaren Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder um zwölf Monate wird die Erziehungsleistung von Eltern vor 1992 geborener Kinder besser anerkannt.

3. Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente

Menschen mit verminderter Erwerbsfähigkeit werden besser abgesichert. Erwerbsgeminderte werden so gestellt, als ob sie mit dem bisherigen durchschnittlichen Einkommen zwei Jahre länger als bisher weitergearbeitet hätten. Zudem werden die letzten vier Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung nicht zählen, wenn sie die Bewertung der Zurechnungszeit verringern.

4. Anpassung der jährlichen Aufwendungen für Leistungen zur Teilhabe an die demografische Entwicklung

Die Einführung einer demografischen Komponente stellt sicher, dass der finanzielle Mehrbedarf bei der Festsetzung der jährlichen Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe berücksichtigt wird. Die Demografiekomponente ist hierbei neben der voraussichtlichen Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer als gesonderter Faktor zu berücksichtigen.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	16.01.14
Kabinett	29.01.14
Bundesrat, 1. Durchgang	14.03.14
Bundestag, 1. Lesung	03.04.14
Bundestag, 2. und 3. Lesung	23.05.14
Bundesrat, 2. Durchgang	13.06.14
Inkrafttreten	01.07.14

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 63 BMAS 1811011
Vorhaben			
[Noch festzulegen]			
Inhalt			
Die Künstlersozialabgabe ist zum 01.01.2014 von 4,1 auf 5,2 % gestiegen; ohne Gegensteuern ist ein weiterer Anstieg unausweichlich. Zur Stabilisierung des Abgabesatzes - und zur Herstellung von Abgabegerechtigkeit - soll kurzfristig durch eine gesetzliche Klarstellung sichergestellt werden, dass die DRV ihrer Pflicht nachkommt, die Künstlersozialabgabe bei ihren turnusmäßigen flächendeckenden Betriebsprüfungen stets mitzuprüfen.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		30.04.14	
Bundestag, 1. Lesung		06.06.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		13.06.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		04.07.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		19.09.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			
Eine Petition des Deutschen Tonkünstlerverbandes, die das Vorhaben unterstützt, wurde im Sommer 2013 rd. 70.000 mal gezeichnet. Sie wird voraussichtlich in den nächsten Monaten in einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses behandelt.			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 64 BMAS 1811015
Vorhaben Ergänzung personalrechtlicher Bestimmungen im SGB II			
Inhalt - Verstetigung der Zuweisung von Personal in die gemeinsamen Einrichtungen nach Auslaufen der gesetzlichen Erstzuweisung vom 1.1.2011 zum 31.12.2015 - Kostenregelung zum Umgang mit Versorgungsanwartschaften in der betrieblichen Altersversorgung bei einem Wechsel der Trägerform eines Jobcenters - Erstattung zwischen den Leistungsträgern bei rechtsgrundlos gezahlten SGB II-Leistungen - Regelung der Zuständigkeit bei Ordnungswidrigkeiten im Bereich Sozialdatenschutz SGB II			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		08.04.14	
Bundestag, 1. Lesung		08.05.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		23.05.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		05.06.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		11.07.14	
Inkrafttreten		01.01.15	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 65 BMAS 1811017

Vorhaben

Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie

Inhalt**AVE-Reform:**

Verlässliche Arbeitsbedingungen und faire Löhne sind ein wichtiger Bestandteil einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft. Sie sichern in Zeiten des Fachkräftemangels die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, sorgen für die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme und tragen zum „sozialen Frieden“ bei. Die Tarifautonomie ist ein verfassungsrechtlich garantierter Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Der Staat ist aufgerufen die Rahmenbedingungen für gute Arbeitsbedingungen und ein Mindestmaß an Fairness zu schaffen und dafür zu sorgen, dass die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie auch tatsächlich gewährleistet ist. Ein wichtiges Instrument zur Sicherung der Effektivität der Normsetzung der Tarifvertragsparteien ist die Allgemeinverbindlicherklärung. Die Allgemeinverbindlicherklärung soll gestärkt und zukunftsfähig ausgestaltet werden. Nach geltender Rechtslage kann das BMAS einen Tarifvertrag auf Antrag einer Tarifvertragspartei im Einvernehmen mit dem Tarifausschuss für allgemeinverbindlich erklären, wenn die tarifgebundenen Arbeitgeber mindestens 50% der unter den Geltungsbereich des Tarifvertrags fallenden Arbeitnehmer beschäftigen (sog. 50%-Quorum) und die Allgemeinverbindlicherklärung im öffentlichen Interesse geboten erscheint. Ausnahmsweise kann das BMAS einen Tarifvertrag auch ohne Vorliegen des 50%-Quorums für allgemeinverbindlich erklären, wenn dies zur Behebung eines sozialen Notstands erforderlich erscheint. Die Erfüllung und der Nachweis des 50%-Quorums sind aufgrund der seit Jahren zu beobachtenden abnehmenden Tarifbindung in vielen Branchen schwieriger geworden. Dies stellt insbesondere für die gemeinsamen Einrichtungen der Tarifvertragsparteien eine ernsthafte Bedrohung dar. In jüngerer Zeit wird die Allgemeinverbindlicherklärung vor allem im Hinblick auf ihre Tatbestandsvoraussetzung der 50 %-Tarifbindung gerichtlich vermehrt angegriffen. Entsprechende Verfahren finden sich in der Zivil-, Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Allgemeiner Mindestlohn:

Durch die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns sollen angemessene Mindestarbeitsbedingungen gesichert werden. Der allgemeine Mindestlohn soll ab 1. Januar 2017 uneingeschränkt gelten, im Rahmen einer Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2016 sind tarifliche Abweichungen möglich.

AEntG:

Öffnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes über die dort bereits einbezogenen Branchen hinaus für alle Branchen. Weitere Anpassungen insb. zur effektiveren Anwendung des Gesetzes in der Praxis

ArbGG:

Durch eine Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes werden künftig ausschließlich die Gerichte für Arbeitssachen für die Überprüfung von Allgemeinverbindlicherklärung sowie Rechtsverordnungen zuständig. Hierzu wird ein besonderes Beschlussverfahren vor den Arbeitsgerichten eingeführt und gestaltet.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja**Zeitplanung****Termin**

Referentenentwurf	17.03.14
Kabinett	02.04.14
Bundesrat, 1. Durchgang	23.05.14
Bundestag, 1. Lesung	05.06.14
Bundestag, 2. und 3. Lesung	04.07.14
Bundesrat, 2. Durchgang	19.09.14
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 66 BMAS
			1811018

Vorhaben

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG-ÄndG)

Inhalt

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG-ÄndG) soll Folgendes geregelt werden:

Die Vierjahresregelung des § 44 SGB X wird für Renten mit Ghetto-Beitragszeiten nicht angewendet.

Die bisher wegen der Vierjahresregelung mit einem späteren Rentenbeginn gezahlten Renten werden auf Antrag zum frühestmöglichen Rentenbeginn 1. Juli 1997 neu berechnet und gezahlt. Daraus folgt eine Rentennachzahlung. Diese ist allerdings mit einer niedrigeren monatlichen Rente als bisher verbunden, da die bisherigen Zuschläge für die Zeit, in der die Rente nicht bezogen wurde, bei der Neuberechnung entfallen müssen. Dies ist erforderlich, um Ungleichbehandlungen mit denjenigen ZRBG-Berechtigten zu vermeiden, die ihre Rente von Anfang an ab Juli 1997 erhalten haben.

Die Rentenversicherungsträger informieren die Berechtigten über diese Antragsmöglichkeit und seine Auswirkungen. Die Berechtigten können wählen, ob sie den früheren Rentenbeginn wünschen oder die bisherige Rente behalten möchten.

Die Antragsfrist zum 30. Juni 2003 wird gestrichen. Die bisher wegen verspäteter Antragstellung mit einem späteren Rentenbeginn gezahlten Renten werden ebenfalls auf Antrag zum frühestmöglichen Rentenbeginn 1. Juli 1997 neu berechnet und gezahlt.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung

Termin

Referentenentwurf	07.03.14
Kabinett	08.04.14
Bundestag, 1. Lesung	08.05.14
Bundesrat, 1. Durchgang	23.05.14
Bundestag, 2. und 3. Lesung	05.06.14
Bundesrat, 2. Durchgang	11.07.14
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 67 BMAS 1811020										
Vorhaben Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2014 Inhalt Durch die Rentenwertbestimmungsverordnung 2014 wird bestimmt: – der ab dem 1. Juli 2014 maßgebende aktuelle Rentenwert und der aktuelle Rentenwert (Ost) in der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, – der ab dem 1. Juli 2014 maßgebende allgemeine Rentenwert und der allgemeine Rentenwert (Ost) in der Alterssicherung der Landwirte entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, – der ab dem 1. Juli 2014 maßgebende Ausgleichsbedarf und der Ausgleichsbedarf (Ost) und – der Anpassungsfaktor und die Mindest- und Höchstbeträge des Pflegegeldes in der gesetzlichen Unfallversicherung. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="151 1243 997 1288">Zeitplanung</th> <th data-bbox="997 1243 1374 1288">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="151 1288 997 1332">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="997 1288 1374 1332">27.03.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1332 997 1377">Kabinett</td> <td data-bbox="997 1332 1374 1377">30.04.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1377 997 1422">Bundesrat</td> <td data-bbox="997 1377 1374 1422">13.06.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1422 997 1467">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="997 1422 1374 1467">01.07.14</td> </tr> </tbody> </table> Anmerkungen				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	27.03.14	Kabinett	30.04.14	Bundesrat	13.06.14	Inkrafttreten	01.07.14
Zeitplanung	Termin												
Referentenentwurf	27.03.14												
Kabinett	30.04.14												
Bundesrat	13.06.14												
Inkrafttreten	01.07.14												

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 68 BMAS NEU 1811023
Vorhaben			
Achte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen im Maler- und Lackiererhandwerk			
Inhalt			
Fortführung verbindlicher Mindestentgelte im Maler- und Lackiererhandwerk auf der Grundlage des Mindestlohtarifvertrags zwischen dem Bundesinnungsverband des deutschen Maler- und Lackiererhandwerks, der Maler- und Lackiererinnung des Saarlandes und der IG BAU.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung	Termin		
Referentenentwurf	29.04.14		
Kabinett	02.07.14		
Bundesrat			
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Föderführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 70 BMEL 1810004																
Vorhaben Gesetzes zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik- Direktzahlungen-Durchführungsgesetz (DirektZahlDurchfG) Inhalt Grundentscheidungen für die Durchführung der VO (EU) Nr. 1307/2013, mit der die Direktzahlungen für Landwirte ab 2015 reformiert werden, insbesondere Wahrnehmung von Optionen für die Mitgliedstaaten zur Abweichung von dem in der VO (EU) Nr. 1307/2013 geregelten Grundmodell (fakultative Ausgestaltung der Basisprämienregelung zur schrittweisen Einführung einer bundeseinheitliche hohen Zahlung, Einführung einer fakultativen Umverteilungsprämie, Verzicht auf die Anwendung Kürzung der Zahlungen nach Artikel 11) Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="165 1249 325 1283">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1027 1249 1123 1283">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="165 1305 395 1339">Referentenentwurf</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1346 272 1379">Kabinett</td> <td data-bbox="1011 1346 1123 1379">26.02.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1386 435 1420">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1011 1386 1123 1420">03.04.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1426 472 1460">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1011 1426 1123 1460">11.04.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1467 517 1500">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1011 1467 1123 1500">22.05.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1507 472 1541">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1011 1507 1123 1541">13.06.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="165 1547 316 1581">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> Anmerkungen				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	26.02.14	Bundestag, 1. Lesung	03.04.14	Bundesrat, 1. Durchgang	11.04.14	Bundestag, 2. und 3. Lesung	22.05.14	Bundesrat, 2. Durchgang	13.06.14	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf																			
Kabinett	26.02.14																		
Bundestag, 1. Lesung	03.04.14																		
Bundesrat, 1. Durchgang	11.04.14																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	22.05.14																		
Bundesrat, 2. Durchgang	13.06.14																		
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 71 BMVg 1814009
Vorhaben Gesetz zur Neuregelung unterhaltssicherungsrechtlicher Vorschriften und zur Änderung anderer Gesetze			
Inhalt Neben der Sicherung des Einkommens der Reservistedienst Leistenden sollen auch weitere finanzielle Leistungen (Zulagen und Prämien) an Reservistedienst Leistende, die bisher im Wehrsolgesetz geregelt waren, in diesem Gesetz zu einem Anreizsystem für mehr Reservistedienstleistung zusammengefasst und von einer Stelle bearbeitet werden.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		06.14	
Kabinett		07.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		09.14	
Bundestag, 1. Lesung		10.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		10.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		11.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 73 BMVg 1814013																
Vorhaben Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) Inhalt Fortsetzung der Mission Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="164 1245 320 1279">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1023 1245 1118 1279">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="164 1301 389 1335">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1046 1301 1118 1335">05.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1339 268 1373">Kabinett</td> <td data-bbox="1010 1339 1118 1373">14.05.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1377 469 1411">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1415 432 1449">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1010 1415 1118 1449">06.06.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1453 512 1487">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1046 1453 1118 1487">06.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1491 469 1525">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1529 312 1563">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> Anmerkungen				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	05.14	Kabinett	14.05.14	Bundesrat, 1. Durchgang		Bundestag, 1. Lesung	06.06.14	Bundestag, 2. und 3. Lesung	06.14	Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	05.14																		
Kabinett	14.05.14																		
Bundesrat, 1. Durchgang																			
Bundestag, 1. Lesung	06.06.14																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	06.14																		
Bundesrat, 2. Durchgang																			
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 74 BMVg 1814015
Vorhaben Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr			
Inhalt Die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr ist mit Blick auf den demografischen Wandel eine wesentliche Voraussetzung für die Gewinnung und Bindung von fachlich qualifizierten Personal, um die Einsatzbereitschaft langfristig zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit des Arbeitgebers Bundeswehr zu erhalten.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		09.14	
Kabinett		09.14	
Bundesrat, 1. Durchgang			
Bundestag, 1. Lesung			
Bundestag, 2. und 3. Lesung			
Bundesrat, 2. Durchgang			
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 75 BMFSFJ 1817001
Vorhaben Gesetz zur Einführung des ElterngeldPlus und weiterer Regelungen zur Weiterentwicklung des Elterngeldes und der Elternzeit			
Inhalt Die geplante Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes hat das Ziel, mehr Partnerschaftlichkeit bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich zu machen und Eltern mehr Zeit für Familie zu geben. Dafür sind folgende Regelungsvorhaben vorgesehen: • die Einführung des ElterngeldPlus und des Partnerschaftsbonus • die Flexibilisierung der Elternzeit • die Neuregelung des Elterngeldes bei Mehrlingsgeburten.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		22.04.14	
Kabinett		04.06.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		19.09.14	
Bundestag, 1. Lesung		25.09.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		07.11.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		28.11.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 76 BMFSFJ, BMJV 1817002
Vorhaben Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst			
Inhalt Das Gesetzesvorhaben sieht vier Bestandteile vor: 1) Vorgabe einer Geschlechterquote von mindestens 30 % in Aufsichtsräten von börsennotierten und vollmitbestimmten Unternehmen 2) Verbindliche Zielvorgaben für Aufsichtsräte, Vorstände und oberste Management-Ebenen in Unternehmen, die börsennotiert oder mitbestimmt sind 3) Novellierung des Bundesgleichstellungsgesetzes 4) Novellierung des Bundesgremienbesetzungsgesetzes			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: offen			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundesrat, 1. Durchgang Bundestag, 1. Lesung Bundestag, 2. und 3. Lesung Bundesrat, 2. Durchgang Inkrafttreten		07.14-09.14	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Föderführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 77 BMG 1815012																
Vorhaben Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz - GKV-FQWG) Inhalt Der allgemeine paritätisch finanzierte Beitragssatz wird bei 14,6 Prozent festgesetzt und der Arbeitgeberanteil bleibt bei 7,3 Prozent gesetzlich festgeschrieben. Der einkommensunabhängige Zusatzbeitrag und der damit verbundene steuerfinanzierte Sozialausgleich werden abgeschafft. Die Krankenkassen erheben den Zusatzbeitrag zukünftig als prozentualen Satz vom beitragspflichtigen Einkommen (einkommensabhängiger Zusatzbeitrag). Durch die Abschaffung des mitgliederbezogenen Beitragssatzanteils von 0,9 Prozentpunkten wird der Beitragssatzanteil der Arbeitnehmer von heute 8,2 Prozent auf 7,3 Prozent reduziert. Die daraus resultierende Unterdeckung (rund 11 Mrd. Euro) soll durch die kassenindividuellen einkommensbezogenen Zusatzbeiträge gedeckt werden. Damit die unterschiedliche Höhe der beitragspflichtigen Einkommen der Krankenkassen nicht zu Risikoselektionsanreizen und Wettbewerbsverzerrungen führt, wird ein vollständiger und unbürokratischer Einkommensausgleich eingeführt. Auf der Grundlage der Analysen und Vorschläge des Wissenschaftlichen Beirats zur Weiterentwicklung des Risikostrukturausgleichs beim BVA zum Krankengeld und zu den Auslandsversicherten werden Sonderregelungen zur Verbesserung der Zielgenauigkeit der Zuweisungen in diesen Bereichen eingeführt. Durch die Gründung eines unabhängigen wissenschaftlichen Qualitätsinstituts wird die Qualitätsorientierung in der ambulanten und stationären Versorgung gestärkt. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein <table border="1" data-bbox="151 1433 1375 1769"> <thead> <tr> <th data-bbox="151 1433 997 1489">Zeitplanung</th> <th data-bbox="997 1433 1375 1489">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="151 1489 997 1534">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="997 1489 1375 1534">12.02.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1534 997 1579">Kabinett</td> <td data-bbox="997 1534 1375 1579">26.03.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1579 997 1624">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="997 1579 1375 1624">09.05.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1624 997 1668">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="997 1624 1375 1668">23.05.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1668 997 1713">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="997 1668 1375 1713">06.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1713 997 1758">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="997 1713 1375 1758">11.07.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="151 1758 997 1803">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="997 1758 1375 1803"></td> </tr> </tbody> </table> Anmerkungen				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	12.02.14	Kabinett	26.03.14	Bundestag, 1. Lesung	09.05.14	Bundesrat, 1. Durchgang	23.05.14	Bundestag, 2. und 3. Lesung	06.14	Bundesrat, 2. Durchgang	11.07.14	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	12.02.14																		
Kabinett	26.03.14																		
Bundestag, 1. Lesung	09.05.14																		
Bundesrat, 1. Durchgang	23.05.14																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	06.14																		
Bundesrat, 2. Durchgang	11.07.14																		
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 78 BMG 1815014
Vorhaben Fünftes Gesetz zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch - Leistungsausweitung für Pflegebedürftige, Pflegevorsorgefonds (Fünftes SGB XI-Änderungsgesetz - 5. SGB XI-ÄndG)			
Inhalt 1. Stufe der Pflegereform: - Anpassung von Sach- und Geldleistungen, die als Euro-Beträge gesetzlich festgesetzt sind, orientiert an der Preisentwicklung der letzten drei Jahre - Ausweitung der Betreuungsleistungen in der ambulanten und stationären Pflege zur Verbesserung der Lebensqualität der Betroffenen und zur Entlastung pflegender Angehöriger - Leistungsverbesserungen in der häuslichen Pflege insbesondere durch Flexibilisierung und Ausweitung von Kurzzeit- und Verhinderungspflege, Tages- und Nachtpflege und neuen ambulanten Wohnformen - Aufbau eines Pflegevorsorgefonds - Beitragssatzerhöhung um 0,3 Beitragssatzpunkte, davon 0,2 Prozentpunkte für Leistungsverbesserungen sowie 0,1 Prozentpunkte für den Pflegevorsorgefonds			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		08.04.14	
Kabinett		28.05.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		11.07.14	
Bundestag, 1. Lesung		07.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung			
Bundesrat, 2. Durchgang			
Inkrafttreten		01.01.15	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 79 BMG 1815015
Vorhaben Gesetz zur Verbesserung von Qualität und Versorgung im Gesundheitswesen			
Inhalt Termine Fachärzte, Weiterentwicklung medizinischer Versorgungszentren, weitere Verbesserung der Anreize für Ärzte zur Niederlassung in unterversorgten Gebieten			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundesrat, 1. Durchgang Bundestag, 1. Lesung Bundestag, 2. und 3. Lesung Bundesrat, 2. Durchgang Inkrafttreten		09.14	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 80 BMG NEU 1815020
Vorhaben Präventionsgesetz			
Inhalt Der Koalitionsvertrag enthält für das Präventionsgesetz folgende Maßgaben: - Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung insbesondere in Lebenswelten wie Kita, Schule, Pflegeheim sowie Stärkung der betrieblichen Gesundheitsförderung, - Einbeziehung aller Sozialversicherungsträger, - Verbesserung der Kooperation und Koordination aller Sozialversicherungsträger sowie der Länder und Kommunen über verpflichtende Rahmenvereinbarungen analog der Regelungen zur Förderung der Zahngesundheit (§ 21 SGB V) und von Schutzimpfungen (§ 20d Abs. 3 SGB V) auf Landesebene unter Berücksichtigung bundesweit einheitlicher Gesundheitsziele und Vorgaben zur Qualität und Evaluation und Einbeziehung von Länderpräventionsansätzen, - Stärkung der Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern - Stärkung der ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen bei Erwachsenen.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: offen			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		12.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		02.15	
Bundestag, 1. Lesung			
Bundestag, 2. und 3. Lesung			
Bundesrat, 2. Durchgang			
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 82 BMVI 1812023
Vorhaben			
Einführung einer Pkw-Maut (Arbeitstitel)			
Inhalt			
Mit dem Ziel, die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung auf eine solidere Grundlage zu stellen, soll neben der Verstärkung der Investitionen aus Mitteln des Bundeshaushalts die Nutzerfinanzierung gestärkt und hierzu u.a. eine Pkw-Maut für nicht in Deutschland zugelassene Pkw eingeführt werden. Halter von nicht in Deutschland zugelassenen Pkw sollen künftig einen angemessenen Beitrag für die Benutzung deutscher Autobahnen leisten. Voraussichtlich zu Beginn des zweiten Halbjahrs 2014 wird das BMVI eine EU-rechtskonforme Gesetzesregelung einbringen, die sicherstellt, dass kein Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet wird. Zugleich wird die Regelung sicherstellen, dass die Einnahmen zweckgebunden und unmittelbar in die Bundesfernstraßen investiert werden.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat:			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundesrat, 1. Durchgang Bundestag, 1. Lesung Bundestag, 2. und 3. Lesung Bundesrat, 2. Durchgang Inkrafttreten		09.14	
Anmerkungen			

)

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 85 BMVI 1812026
Vorhaben Novelle Luftverkehrsgesetz (Arbeitstitel)			
Inhalt Besserer Lärmschutz durch stärkere Differenzierung der Flughafenentgelte Lärm- und Schadstoffminderungsziele sollen insbesondere auch durch technische Innovationen im Luftverkehr erreicht werden. Um den Schutz vor Fluglärm zu verbessern, wird im Luftverkehrsgesetz eine stärkere Differenzierung nach Flugzeugtypen und eine deutlichere Spreizung der Tag- und Nachttarife bei lärmabhängigen Flughafenentgelten verankert.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundesrat, 1. Durchgang Bundestag, 1. Lesung Bundestag, 2. und 3. Lesung Bundesrat, 2. Durchgang Inkrafttreten		11.14	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 86 BMVI 1812027
Vorhaben			
Änderung Frequenzverordnung (FreqVO) (Arbeitstitel)			
Inhalt			
Der beschleunigte Ausbau von Mobilfunknetzen der neuesten Generation ist neben dem Ausbau leitungsgebundener Netze ein wesentlicher Bestandteil einer raschen flächendeckenden Breitbandversorgung. Eine adäquate Versorgung von aus Kostengründen besonders schwierig zu erschließenden Regionen ist bis 2018 nur über funkgestützte Internetanbindungen realisierbar. Damit dies möglich wird, ist es erforderlich, dass dem Mobilfunk zusätzliche, für mobiles Breitband nutzbare Frequenzen bereitgestellt werden. Geeignet sind hierfür insbesondere Frequenzen, die bislang vom Rundfunk für die Übertragung des terrestrischen Fernsehfunks (DVB-T) genutzt werden und die im Zuge der Umstellung auf DVB-T2 frei würden (so genannte Digitale Dividende II). Damit die Frequenzen aus der Digitalen Dividende II künftig für den Datenverkehr via Mobilfunk zur Verfügung gestellt werden können, müssen sie rechtzeitig in der Frequenzverordnung (FreqVO) dem Mobilfunk zugeordnet werden. Eine Vergabe der Frequenzen ist für das Jahr 2015 vorgesehen.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundestag Bundesrat Inkrafttreten		09.14	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 88 BMVI 1812029
Vorhaben Zweite Verordnung zur Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften			
Inhalt Bei der Ausgabe und Verwendung von Kurzzeitkennzeichen besteht derzeit ein hohes Missbrauchspotential. Bei der künftigen Ausgabe soll dieser Missbrauch weitgehend verhindert werden. Zur Erprobung von Zulassungsverfahren unter Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik war den Ländern für drei Jahre die Befugnis übertragen zu regeln, dass die Identifizierung des Fahrzeugs auch nach Erstellung der Zulassungsbescheinigung Teil II, jedoch vor der Zulassung des Fahrzeugs erfolgen darf. EG-Typgenehmigungen können auch auf Grund der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge und der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 für zwei- oder dreirädrige und vierrädrige Fahrzeuge (ABl. L 60 vom 02.03.2013, S. 52) erteilt werden. Die Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV) wird nun entsprechend geändert. Dabei soll die Zuteilung von Kurzzeitkennzeichen auch durch die Zulassungsbehörde am Standort des Fahrzeugs vorgenommen werden können. Auch sollen die Kurzzeitkennzeichen nur zugeteilt werden können, wenn das Fahrzeug, das damit gefahren werden soll, bekannt ist, eine gültige Hauptuntersuchung (HU) dafür nachgewiesen wird und das Fahrzeug im Fahrzeugschein eingetragen wird. Ist keine gültige HU vorhanden, sollen nur Fahrten zur Zulassungsbehörde bzw. zur Erlangung der HU erlaubt sein. Die durch Landesrecht geregelten Ausnahmen zur Erprobung von Zulassungsverfahren unter Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik sowie die neuen Verordnungen zur Erteilung der EG-Typgenehmigung werden in die FZV übernommen. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundesrat Inkrafttreten		17.03.14 19.09.14	
Anmerkungen			

**Vorhabendokumentation
der Bundesregierung**

18. Legislaturperiode

Federführendes Ressort

BMVI

Stand: 23.06.2014

Datenblatt-Nummer

1812032**Vorhaben**

Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes

Inhalt

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen bei der Erhebung von Mautgebühren die Vorgaben der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge beachten. Die jeweils geltenden Mautsätze werden nicht willkürlich festgesetzt. Sie werden entsprechend den EU-Vorgaben aus den Infrastrukturkosten abgeleitet und durch wissenschaftlich fundierte Wegekostengutachten ermittelt, die eigens zu diesem Zweck erstellt werden. Hierzu wurden in der Vergangenheit von Experten die Wegekostengutachten 2002 (für den Zeitraum 2003 bis 2007) und 2007 (für den Zeitraum 2008 bis 2012) erstellt. Das neue Wegekostengutachten 2013 wurde am 25.03.2014 vorgestellt und deckt den Zeitraum 2013 bis 2017 ab. Es dient auch als Grundlage für eine eigene günstigste Mautkategorie für die besonders umweltfreundlichen EURO VI-Lkw. Mit dem vorliegenden Gesetz werden die Mautsätze auf der Basis des Wegekostengutachtens 2013 angepasst.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein**Zeitplanung****Termin**

Referentenentwurf	06.14
Kabinett	30.07.14
Bundesrat, 1. Durchgang	19.09.14
Bundestag, 1. Lesung	09.10.14
Bundestag, 2. und 3. Lesung	27.11.14
Bundesrat, 2. Durchgang	19.12.14
Inkrafttreten	01.15

Anmerkungen

Die Ausweitung der Mautpflicht auf weitere 1.000 km Bundesstraßen sowie die Absenkung der Mautpflichtgrenze auf 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht folgen zu einem späteren Zeitpunkt mit einem separaten Gesetz.

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 90 BMVI 1812034
Vorhaben Gesetz zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften hinsichtlich der Einführung des europäischen elektronischen Mautdienstes			
Inhalt Derzeit gibt es in Europa einen „Flickenteppich“ von mautpflichtigen Streckennetzen und Mautsystemen: Ein Lkw, der europaweit zum Straßengütertransport eingesetzt werden soll, muss bei verschiedenen Mauterhebern registriert und mit mehreren elektronischen Erfassungsgeräten ausgestattet werden. Bis Oktober 2012 sollten nach EU-Recht (Entscheidung 2009/750/EG) die Voraussetzungen für einen 'Europäischen Elektronischen Mautdienst' (EEMD) in der Europäischen Union geschaffen werden. Dies ist nicht gelungen, soll nun aber so schnell wie möglich erreicht werden. Ziel des EEMD ist, dass ein Nutzer des Mautdienstes in Zukunft seine Mautgebühren mit einem einzigen Vertrag bei einem einzigen Anbieter des Mautdienstes und nur einem Fahrzeuggerät in allen mautpflichtigen Streckennetzen der EU-Mitgliedstaaten, die unter die Interoperabilitätsrichtlinie (Richtlinie 2004/52/EG) fallen, elektronisch entrichten kann. Die Nutzung dieses europäischen elektronischen Mautdienstes ist freiwillig. Alternativ kann jeder Nutzer auch weiterhin die Mautgebühren je Mitgliedstaat unmittelbar an den zuständigen Mauterheber bzw. Betreiber bezahlen.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		05.14	
Kabinett		07.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		09.14	
Bundestag, 1. Lesung		10.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		11.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		12.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Föderführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 91 BMVI 1812035										
Vorhaben 49. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften Inhalt Am 27. Februar 2014 wurde die Durchführungsrichtlinie 2014/37/EU der Kommission zur Änderung der Richtlinie 91/671/EWG des Rates zur Gurtanlegepflicht und die Pflicht zur Benutzung von Kinderrückhalteeinrichtungen in Kraftfahrzeugen veröffentlicht. Die Kommission greift eine Änderung harmonisierter technischer Vorschriften für Kraftfahrzeuge auf. Es wurde eine neue UNECE-Regelung Nr. 129 für verbesserte Kinderrückhalteeinrichtungen erarbeitet, sog. I-size Systeme. Mit der neuen Regelung wird die Anwendung von Kinderrückhalteeinrichtungen vereinfacht. Die Richtlinie 91/671/EWG sieht bisher nur die Verwendung von Kinderrückhalteeinrichtungen nach der UNECE-Regelung Nr. 44 vor. Zukünftig dürfen sowohl nach der UNECE-Regelung Nr. 44, als auch nach der UNECE-Regelung Nr. 129 genehmigte Systeme verwendet werden. Die genannte Durchführungsrichtlinie ist in nationales Recht umzusetzen (6 Monate nach Inkrafttreten, Inkrafttreten: am 20. Tag nach der Veröffentlichung). Es erfolgt eine Änderung der StVO, der StVZO sowie der BKatV. Weiterhin wird im Zusammenhang mit der Richtlinie das Privileg für Taxi- und Mietwagenfahrer abgeschafft, sich während der Fahrgastbeförderung nicht anschnallen zu müssen. Außerdem gibt es redaktionelle Anpassungen aufgrund der veränderten Ressortbezeichnung in Folge des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja <table border="1" data-bbox="153 1232 1377 1456"> <thead> <tr> <th data-bbox="153 1232 989 1288">Zeitplanung</th> <th data-bbox="989 1232 1377 1288">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="153 1288 989 1332">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="989 1288 1377 1332">04.04.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="153 1332 989 1377">Kabinett</td> <td data-bbox="989 1332 1377 1377">30.07.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="153 1377 989 1422">Bundesrat</td> <td data-bbox="989 1377 1377 1422">19.09.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="153 1422 989 1456">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="989 1422 1377 1456">09.14</td> </tr> </tbody> </table> Anmerkungen				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	04.04.14	Kabinett	30.07.14	Bundesrat	19.09.14	Inkrafttreten	09.14
Zeitplanung	Termin												
Referentenentwurf	04.04.14												
Kabinett	30.07.14												
Bundesrat	19.09.14												
Inkrafttreten	09.14												

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 92
			BMUB 1816006

Vorhaben

Gesetzes zur Einführung einer Länderöffnungsklausel zur Vorgabe von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und Wohnnutzungen

Inhalt

Einführung einer Länderöffnungsklausel in das Baugesetzbuch (BauGB), die länderspezifische Abstandsregelungen zwischen Windenergieanlagen und Wohnnutzungen ermöglicht

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeltplanung**Termin**

Referentenentwurf	
Kabinett	08.04.14
Bundestag, 1. Lesung	08.05.14
Bundesrat, 1. Durchgang	23.05.14
Bundestag, 2. und 3. Lesung	27.06.14
Bundesrat, 2. Durchgang	11.07.14
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 94
			BMUB
Stand: 23.06.2014		Datenblatt-Nummer	1816008

Vorhaben

Siebte Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung

Inhalt

Der Wettbewerb auf der Ebene der dualen Systeme ist durch Umgehung einzelner Regelungen der Verpackungsverordnung zunehmend verzerrt. Das Ausnutzen von Schlupflöchern vor allem im Bereich der sogenannten Eigenrücknahmen und Branchenlösungen droht das flächendeckende haushaltsnahe Erfassungssystem insgesamt zu destabilisieren. Die Bundesregierung sieht sich deshalb veranlasst, dieser Entwicklung durch die Abschaffung der Eigenrücknahme und die Neugestaltung der bisherigen Branchenlösungen entgegenzutreten. Ziel dieser Änderungen ist es, die flächendeckende haushaltsnahe Entsorgung von Verkaufsverpackungen unter Beibehaltung der Produktverantwortung der Inverkehrbringer dauerhaft zu sichern und faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Wirtschaftsbeteiligten zu schaffen.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	28.02.14
Kabinett	30.04.14
Bundestag	06.06.14
Bundesrat	11.07.14
Inkrafttreten	01.10.14

Anmerkungen

Gegebenenfalls wird der Bundesrat materiell gleichgerichtete Änderungen im Zusammenhang mit seiner Zustimmung zur im parlamentarischen Verfahren befindlichen 6. Novelle beschließen.

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 95 BMUB 1816024
Vorhaben Zwölftes Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes			
Inhalt Die wesentlichen mit dem Änderungsgesetz durchgeführten Anpassungen sind: - Festlegung von Modalitäten für die Anrechnung einer Übererfüllung der energetischen Quote im Jahr 2014 auf die Treibhausgasquote im Jahr 2015. - Das Verfahren zur Berechnung der Ausgleichsabgabe wird zur Erhöhung der langfristigen Planungssicherheit durch einen festen Zahlenwert ersetzt. - Anbieter von Strom für Elektrofahrzeuge haben künftig die Möglichkeit, zur Erfüllung der Treibhausgasquote beizutragen. - Die Mineralölwirtschaft berichtet künftig die Menge des von ihr in Verkehr gebrachten Kraftstoffs unter Angabe des Erwerbsortes, des Ursprungs und der Treibhausgasemissionen pro Energieeinheit. Die beiden letztgenannten Vorgaben werden durch Erlass einer Rechtsverordnung wirksam, sobald die Europäische Kommission die entsprechenden Durchführungsvorschriften erlassen hat.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		07.14	
Bundestag, 1. Lesung		11.09.14	
Bundesrat, 1. Durchgang		19.09.14	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		09.10.14	
Bundesrat, 2. Durchgang		07.11.14	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 96 BMBF 1830006						
Vorhaben Bericht zur Weiterentwicklung der Hightech-Strategie zu einer umfassenden ressortübergreifenden Innovationsstrategie Inhalt Mit diesem Bericht stellt die BReg dar, wie die Hightech-Strategie im Sinne des im KoA V enthaltenen Auftrags zu einer umfassenden ressortübergreifenden Innovationsstrategie für Deutschland weiterentwickelt wird. Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein <table border="1" data-bbox="153 1249 1385 1384"> <thead> <tr> <th data-bbox="153 1249 965 1301">Zeitplanung</th> <th data-bbox="965 1249 1385 1301">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="153 1301 965 1346">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="965 1301 1385 1346">06.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="153 1346 965 1384">Kabinett</td> <td data-bbox="965 1346 1385 1384">16.07.14</td> </tr> </tbody> </table> Anmerkungen				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	06.14	Kabinett	16.07.14
Zeitplanung	Termin								
Referentenentwurf	06.14								
Kabinett	16.07.14								

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 23.06.2014	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 98
			BMZ 1841042
Vorhaben			
Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung			
Inhalt			
Beteiligung am internationalen Prozess zur Entwicklung eines erweiterten Nachfolgesystems der Millenniumsentwicklungsziele (Millenium Development Goals, MDGs) und der Umsetzung der Rio+20-Konferenz-Ergebnisse zu einer globalen und universellen Agenda für nachhaltige Entwicklung			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett		10.14	
Anmerkungen			